

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 30.

Leipzig, den 25. Juli.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Rkr.; einzelne Nummern 1 Rkr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Gainsstraße 27, G. Hofmann Brühl 49, C. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Vollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere geehrten hiesigen Abonnenten ersuchen wir freundlichst, falls sie das Blatt nicht regelmäßig bis Sonnabend Mittag erhalten haben sollten, uns gefälligst davon durch die Stadtpost (unfrankirt) zu benachrichtigen.

Leipzig, den 24. Juli 1868.

Die Expedition des Demokratischen Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Manifest an das arbeitende Volk in Oesterreich. — Die alten Parteien des sächsischen Verfassungs-Kampfes. — Italiens Einheit und Freiheit. — Aus Deutsch-Oesterreich. — Aus England.

So hofft man das Kaiserreich noch einige Jahre am Leben zu erhalten, bis der kaiserliche Prinz das majorenne Alter erreicht haben wird. Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit. Die Unruhe, welche sich im Neapolitanischen Land giebt, ist nichts als der Gegen Schlag, oder besser gesagt, der Vorbote der Allianz der spanischen mit den neapolitanischen Bourbonen. Die demokratische Insurrektion wird in dem einen, wie in dem andern Land allen diesen machiavellistischen und dynastischen Anschlägen ein Ende machen."

Politische Uebersicht.

So Mazzini. Mögen sich, wenn seine Angaben richtig sind, auch seine Hoffnungen erfüllen!

Es liegt in der Natur des Cäsarismus, daß er konspiriren muß, und wer konspirirt, ist gezwungen, Leute von mancherlei Art ins Vertrauen zu ziehen. Nicht Jeder aber kann oder will reinen Mund halten, und so passiert es denn dem Cäsarismus, daß seine Pläne sehr oft vor der Zeit ausgeplaudert werden. Der französische Kaiser zum Exempel hat nie eine „Aktion“ ins Werk zu setzen vermocht, die nicht vorher der europäischen Demokratie bekannt gewesen wäre. Der Feldzug gegen Oesterreich im Jahr 1859, um nur eines Beispiels zu erwähnen, wurde 4 Monate vor Ausbruch des Kriegs von Mazzini in allen Details vorausgesagt. Jetzt verkündigt Mazzini von Neuem in seinem Organ, der „Unita Italiana“, daß der Krieg in Paris beschlossene Sache sei. Er fährt aus, wie der Kaiser unmöglich die im nächsten Jahr fälligen allgemeinen Wahlen vornehmen lassen könne, ohne sich vorher in der einen oder andern Weise die Achtung der Nation wieder erworben zu haben, und fährt dann fort:

Die Blätter berichten von einer langen Auslassung des französischen Kaisers über Fürstenmord. Nachdem er die abgedroschenen Gemeinplätze über dieses heikle Thema an einander gereicht, soll er gesagt haben, er für seine Person fühle sich deshalb ganz sicher, weil es Jedem klar sein müsse, daß ein Attentat auf ihn den Abscheu der französischen Nation erregen und nur zur Befestigung der Napoleonischen Dynastie dienen würde. Nun — gelinde ausgebrütet ist das eine sehr gewagte Logik, und daß der Kaiser sich mit derlei Dingen beschäftigt, verräth bloß seine Angst und spricht Bände über die Lage des Empire.

„Die Wahlen nach dem Sieg — das ist die Lösung des Embarrasses. Der Krieg ist eine Nothwendigkeit geworden. Es wird folgendes Verfahren verfahren. Nach Erledigung des Budgets und Annahme des Anleiheplans wird die Kammer sich vertagen und der Krieg am nächsten Morgen erklärt werden. Der Kaiser will sowohl die deutsche, als die italienische Einheit auflösen. Im Augenblicke, wo er alle seine Macht auf den Rhein concentrirt, wird er gegen Italien Spanien loslassen, welches, Dank der Heirath des Herzogs von Girgenti mit einer spanischen Prinzessin, mehr als je entschlossen ist, etwas zu Gunsten des als Ael und der Bourbonen von Neapel zu thun. Der Kaiser sowohl als Napoleon und seine Kriegsobersten halten es für unmöglich, daß Preußen den französischen, oder Italien den spanischen Waffen Widerstand leisten können. Ein Bulletin, welches Sieg auf der anzen Linie verkündet, wird das Signal für die Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper sein und unter dem Schall der Trommeln und Kriegstrompeten wird das französische Volk zu den Wahlen geführt werden.“

Im Zusammenhang mit der immer drohender werdenden Haltung Frankreichs sieht das plötzliche Wiederauftauchen der Nordschleswig'schen Frage. Es sei nöthig, lautet jetzt in Berlin die Parole, endlich einmal die Geister zu beruhigen, und das könne nur durch treue Erfüllung des Prager Friedensvertrags in jedem Punkt, und namentlich mit Bezug auf Nordschleswig geschehen. Die Trauben sind eben sauer geworden. Leider vergißt man, daß Napoleon mehr braucht, als diplomatische Siege.

Die offiziöse preussische Presse sucht den Befürchtungen eines Defizits im preussischen Staatshaushalt entgegenzutreten. Seitdem sich in Angelegenheiten des Bundesdefizits dieselbe Presse binnen der kürzesten Zeit selbst hat demontiren müssen, weiß Jeder, was davon zu halten ist. Die erste „Combination“ des Defizits aber rührt von der Regierung selbst her: wir erinnern an die Rede des Geh. Rathes Michaelis im Zollparlament für die Erhöhung der Tabaksteuer. Das bevor-

stehende Defizit läßt auch erwarten, daß im kommenden Herbst die „ewige Schraube“ der Klassen- und Einkommensteuer wieder kräftigst werde angezogen werden. Ueber die bisherige Wirksamkeit der Schraube veröffentlicht die neueste Zeitschrift des statistischen Bureaus interessante Zusammenstellungen. Danach haben die Erträge der Klassen- und Einkommen- und Schlacht- und Mahlsteuer in Preußen von 1851—1866 um 40,60 pCt. zugenommen, während die Bevölkerung nur um 21,89 pCt. fortgeschritten ist. Die Schlacht- und Mahlsteuer für sich allein — das gerade ist so bezeichnend für den abnehmenden Wohlstand und die abnehmende Consumtionsfähigkeit — hat in ihrem Ertrage der Zunahme der von ihr betroffenen Bevölkerung nicht folgen können (42,57 gegen 43,45 pCt.). Die Zahl der Einkommensteuerverpflichtigen ist um 63 pCt. (von 43,489 auf 70,812) gewachsen. Trotz der Heranziehung von so vielen Klassensteuerverpflichtigen zur Einkommensteuer hat sich der Klassensteuerausgang durchschnittlich auf den Kopf der Steuerpflichtigen von 1,554 Thlr. auf 1,648 Thlr. erhöht.

Die preussische „Fortschrittspartei“, die nicht leben und nicht sterben kann, fristet ihre traurige Scheinexistenz nur noch mit Illusionen. Jetzt hat sie (in ihrer „liberalen Correspondenz“) entdeckt, die Organe der preussischen Regierung seien bei ihren Versuchen, die Umgehung des Reichstags in Sachen des Bundesdefizits zu rechtfertigen, „augenscheinlich unter dem Einfluß eines gewissen Schamgeföhls!“ Wer sich schämt, bessert sich vielleicht. Diese Hoffnung, durch eine etwaige „Umkehr“ des Bundespräsidiums könne der Miß in der kostbaren Bundesverfassung wieder zugeflickt werden, ist so recht bezeichnend für die Impotenz der „Fortschrittspartei“, die an jeder eignen wirksamen Thätigkeit verzweifelt.

Hier ein Proöchen von diesem „Parlamentarismus“, den die Herren Fortschrittler so gern ins Leben galvanisiren möchten. Der „Deutschen Volkszeitung“ in Hannover wird aus Berlin geschrieben: „Geschwindigkeit ist keine Hezerei; nachdem das Genossenschaftsgesetz im Bundesgesetzblatt publizirt worden, stellt sich heraus, daß ein vom Reichstags verworfenes Amendement in demselben Aufnahme gefunden, andererseits ein vom Reichstag beschlossener Zusatz weggeblieben ist.“ Nicht genug, daß man den „Reichstag“ über die wichtigsten Fragen nicht mitsprechen läßt, kümmert man sich auch bei den untergeordneten Fragen, die man ihm zu unterbreiten gnädig geruht, nicht im Entferntesten um seine Beschlüsse. Und da wundern sich die Fortschrittler noch, daß das Volk diese ganze Parlamentekomödie mit verachtungsvoller Gleichgültigkeit betrachtet! An der Verhinderung des Genossenschaftsgesetzes ist beiläufig nicht viel gelegen. Es trägt auch in seiner ursprünglichen Gestalt den Stempel der Bornirtheit und Rechnungsträgererei seines Urhebers, Schulze (Delißch). Doch davon ein andermal. Für heute nur so viel, daß der österreichische Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes, nach welchem auch Genossenschaften mit beschränkter Haftung Corporationen ohne obrigkeitliche Genehmigung erlangen können, in jeder Beziehung weit liberaler ist, als das preussische Gesetz.

Bei der Erftwahl im Kreise Lennep-Mettmann (an Stelle Reincke's) erhielten der Sozialdemokrat Frißche 2896, der Regierungskandidat Müller 2188 und der von den Fortschrittlern aufgestellte Schulze (Delißch) 1185 Stimmen. Frißche hatte demnach keine absolute Majorität, und heute (Freitag) wird eine engere Wahl zwischen ihm und Müller statthaben. Der Sieg ist ihm sicher, wenn die Fortschrittspartei den von ihr so oft den Arbeitern gepredigten Satz der Wahlaktik befolgt: Sind zwei liberale oder demokratische Kandidaten gegen einen konservativen Kandidat im Feld, und unterliegt

einer der ersteren, so haben seine Anhänger für den andern liberalen oder demokratischen Kandidaten zu stimmen. Werden sehen!

Ueber einen neuen Versuch Preußens, eine Colonial-Macht zu werden, entnimmt die „Neue Freie Presse“ einem Schreiben aus Potschefstroom am Cap der guten Hoffnung vom 29. März die interessante Mittheilung, daß Preußen mit der portugiesischen Regierung wegen Ankaufes der Delagoa-Bai unterhandelt. Ein anderer Bericht aus Port Natal bestätigt diese Angabe und fügt hinzu, daß der Besuch eines nahen Verwandten des Grafen Bismarck in der benachbarten Transvaal'schen Republik mit diesem Ankaufsprojekte in Verbindung zu stehen scheine. Die Delagoa-Bai in Ost-Afrika unter dem 26. Grade südlicher Breite würde ein treffliches Cayenne für malkonten Nordbundsbürger abgeben.

Der ablige und uniformirte Rörder Scheve (der seinen Hauswirth niederschloß, weil er ihn keine liebliche Dirne aufs Zimmer bringen lassen wollte) nach kurzer Festungshaft begnadigt; die Ausführung des Werner'schen Stücks „die Weihe der Kraft“, eine Verherrlichung Luther's und der Reformation, in Berlin verboten; König Wilhelm in Bad Ems, in Gesellschaft des Chreimannes Stieber; in Ostpreußen eine neue Nigerrampe im Anzuge — das sind die noch übrigen Nachrichten aus Preußen; und nehmen wir dazu die in Permanenz erklärten Preßverfolgungen, politischen Prozesse, polizeilichen und landräthlichen Willkürreiche, Militärerezeße, offiziellen Lügen, national-liberalen Winseleien und Servilitäten, die Rothschreie von Schulmeistern, die nicht begreifen wollen, daß die Schöpfer von Intelligenz in einem „Intelligenzstaat“ zum Hungertod verpflichtet sind — so haben wir ein ziemlich vollständiges Bild jenes „Staats des deutschen Berufs“, von dem Kriegsminister Roon in der neuesten Auflage seines Lehrbuchs der Erd-, Völker- und Staatenkunde mit Recht sagt, er sei „wesentlich ein Mäntarstaat“.

Wie bei den obwaltenden Verhältnissen nicht anders zu erwarten, liegen Handel und Geschäfte fortwährend darnieder. Gleich der Leipziger Ostermesse sind auch die Messen von Frankfurt am Main und Frankfurt an der Oder sehr schlecht ausgefallen. Auf letzterer wurde, wie der „Preussische Staatsanzeiger“ amtlich meldet, „nur in Leder“ ein gutes Geschäft gemacht. Vor jedem Krieg geht das Ledergeschäft gut. Im Feld verbrauchen die Soldaten viel Stiefel.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt bei Berathung des württembergischen Wahlergebnisses: „etwas auffallend ist, daß in Württemberg die Einführung des neuen allgemeinen und direkten Wahlrechts sofort der Demokratie gute Gedeihen gekommen ist, da doch nach den bei uns gemachten Erfahrungen ein solches Resultat aus der Natur des allgemeinen Wahlrechts selbst nicht abzuleiten ist.“ In Württemberg giebt es keine Landräthe, Hr. Braß, und keine Schulregulativ. Man ist eben dort um 30 Jahre hinter Preußen zurück.

Der Ausgleich Osterreichs mit den Tschechen ist nicht zu Stande gekommen, und die Regierung geht jetzt mit diplomatischer Strenge gegen die Presse der Tschechenpartei vor, die sie des geheimen Einverständnisses mit Rußland und — Preußen

*) Hierher gehört auch der Brief, den König Wilhelm vor dem Lutherfeste an den Großherzog von Hessen richtete, und der nach der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“ also lautet: „Lieber Vetter! Ich gehe mit nach Worms. Das Komitee ist verantwortlich zu machen, daß Invektiven nicht vorkommen. Wir sind auch unter katholischen Untertanen Rücksichten schuldig.“ Man mag sich der Hartnäckigkeit erinnern, mit der die offiziöse preussische Presse es seinerzeit in Abrede stellte, daß preussischer Seits eine Censur in Worms zu haltenden Reden verlangt worden.

ben beschuldigt. Unse Leser werden sich erinnern, daß ein polnisches Flüchtlingscomité vor Kurzem behauptete, General Miroslawski u. A. hätten mit einem gewissen Fricz oder Fritsch, der 1866 in preußischem Sold gewesen, die Inszenierung einer Emute in Prag verabredet. Miroslawski bezeichnet dies jetzt als eine Lüge, und wir wollen ihm glauben. Aber bezüglich jenes Fricz oder Fritsch, der neulich bei der Fufffeier in Constanz die Aestrede hielt, ist der fatale Umstand an den Tag gekommen, daß er seit 1866 im Berliner Preßbureau arbeitet. In Wien wird man aber hoffentlich bald lernen, daß ein Volk mundtot machen, ebenso verächtliche, als unkluge Politik ist.

Die Telegramme aus Triest waren durchaus ungenau. Es handelte sich um einen Nationalitätskonflikt zwischen Slaven und Italienern, oder richtiger zwischen slavisch und italienisch Redenden, und die „Ruhe“ wurde nicht ohne Blutvergießen hergestellt.

Auf dem allgemeinen Kirchen-Conzil zu Rom soll der Satz von der Unfehlbarkeit des Papstes von neuem festgestellt werden. Daß man dies für nöthig hält, beweist wie wacklich die römische Kirche sich fühlt. Es heißt, auf Anregung des französischen Kaisers werde Seitens eines gallikanischen (französischen) Bischofs der Antrag auf ein parlamentarisches Kirchenregiment gestellt werden, d. h. auf Errichtung eines verantwortlichen Prälatenministeriums, ohne dessen Billigung der Papst nichts beschließen und erlassen könnte.

Die Interpellation Lamarmore's, deren wir in der letzten Nummer erwähnten, ist von der Tagesordnung der italienischen Kammer abgesetzt worden. Es ist den Ministern gelungen, den General, der aus einem Freund Preußens dessen bitterster Feind geworden ist, von seinem Entschluß zurückzubringen — vermuthlich durch die Versicherung, daß der neue Allianzvertrag Italiens mit Preußen, den er bei dieser Gelegenheit bekämpfen wollte, nicht zur Ausführung gelangen werde. Gewiß ist, daß im italienischen Cabinet der französische Einfluß den preußischen völlig aus dem Feld geschlagen hat, wie u. A. schon aus der Thatsache erhellt, daß der italienische Kronprinz vor einigen Tagen dicht an Gms vorüberzieht, ohne dem König von Preußen einen Besuch abzustatten.

Der Schleier, der über den jüngsten Ereignissen in Spanien ruhte, beginnt sich zu lüften. Der Herzog von Montpensier, dessen Ausweisung solches Aufsehen erregte, ist ein Sohn des Königs von Frankreich, Louis Philipp, und Schwager der Königin Isabelle, deren jüngere Schwester er vor 20 Jahren in Folge einer schlaun Intrigue seines abgefeimten Vaters heirathete. Die gemäßigteren spanischen Oppositionsparteien standen seit längerer Zeit mit ihm in Verbindung, und es scheint im Plan gewesen zu sein, ihn auf den Thron zu erheben. Jedenfalls war die Ansicht der Regierung, und um den befürchteten Schlag zu vereiteln, wurde der bekannte Handstreich gegen die unzufriedenen Generale und den vermeintlichen Kronprätendenten ausgeführt. Verschiedenes deutet darauf hin, daß Napoleon, der alle Gründe hat, keinen Sprößling der Familie Orleans auf dem spanischen Thron zu dulden, der Sache nicht feind war. Wenn wir ferner bedenken, daß die jetzige spanische Regierung sich bereit erklärt hat, im Fall eines Krieges zwischen Frankreich einerseits und Preußen und Italien andererseits, ein Armeekorps zur Verstärkung der Franzosen nach Rom zu schicken; und daß die preußische Regierung in jüngster Zeit lebhaft mit dem Herzog von Montpensier und dessen spanischen Anhängern liebäugelte — so finden wir uns angesichts einer politischen Intrigue, die so recht charakteristisch ist für die Unsicherheit und Immo-

ralität der jetzigen europäischen Zustände. In Spanien hat die Regierung sich übrigens nur für einen Moment Ruhe geschafft; sie hat nirgends Wurzeln im Volke, und der erste Sturm wird sie niederwerfen.

Der fünfte österreichische Arbeitertag erließ folgendes Manifest an das arbeitende Volk in Oesterreich.

Brüder!

Seit dem Ende des vorigen Jahres, wo Oesterreich ein Vereins- und Versammlungsrecht erhielt, haben sich die Arbeiter Wiens jener sozialen Bewegung angeschlossen, welche zum Zweck hat, das arbeitende Volk in jeder Beziehung auf gleiche Stufe mit den jetzt bevorrechteten Klassen zu heben. Demgemäß soll nicht mehr der Besitz für den Genuß staatlicher Rechte maßgebend sein, und bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten sollen nicht mehr bloß die Besitzenden Sitz und Stimme haben.

Der Staat muß vollständig auf demokratischer Grundlage eingerichtet werden. Die Grundbedingung hierzu ist die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Ist das ganze Volk in den gesetzgebenden Körpern vertreten, so werden die Arbeiter allmählich in den Stand gesetzt werden, die Produktion bald selbst in die Hand zu nehmen, anstatt wie bisher mit einem kärglichen, kaum zur Erhaltung des Lebens hinreichenden Lohn abgefunden zu werden.

Die entsetzlichen Folgen der steigenden Kapitalherrschaft einerseits und die stets zunehmende Massenarmuth andererseits machen den Aufschwung der wahren Freiheit unmöglich und führen schließlich zum Despotismus.

Es muß deshalb zugleich mit dem Erlangen der politischen Freiheit und mit der Erlangung des demokratischen Volksstaates die Emanzipation der arbeitenden Klassen vom Kapital angestrebt, durch zeitige Agitation und Aufklärung der Massen der Arbeiter vor planlosen Kämpfen bewahrt und die Bewegung in feste Bahnen zu bestimmten Zielen gelenkt werden.

Der Sieg dieser Bestrebungen ist der wahre Vortheil aller Klassen.

Das arbeitende Volk der Reichshauptstadt Wien ist sich der Pflichten bewußt, die es gegen seine Brüder in den einzelnen Landestheilen Oesterreichs zu erfüllen hat; denn es weiß, daß von seiner Haltung und von seinem energischen Vorgehen das Geschick des Volkes in den einzelnen Ländern abhängt. Umgekehrt würden die Bewohner der verschiedenen Länder eine schwere Pflichtverletzung begehen und der zu erreichenden Freiheit in den Weg treten, wollten sie nicht auf das Kräftigste sich an das Volk Wiens anschließen und es nicht in jeder Hinsicht unterstützen.

Nur als einig, geschlossenes, wohlgegliedertes Heer kann das Volk auf den Sieg der Freiheit, auf den Sieg der Idee der Gleichberechtigung hoffen.

Wien hat von dem spärlich zugemessenen Vereins- und Versammlungsrechte den umfassendsten Gebrauch gemacht und mit unablässiger Thätigkeit auf zahlreichen Versammlungen die Erkenntniß der sozialistischen Lehren verbreitet. Weil aber zum Erreichen des vorgestreckten großen Ziels die vollständige Freiheit der Rede in Wort und Schrift nöthig ist, werden Schritte gethan, um die völlig ungehinderte Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit zu erringen.

Die Wiener Arbeiter stehen bereits als eine einige kompakte und Achtung gebietende Masse da, welche die Vorurtheile

der Religions- und Nationalitätsverschiedenheit über Bord geworfen hat.

Vergeblich versuchte die Reaktion die Eintracht des arbeitenden Volkes der Hauptstadt zu stören. Ihr Bestreben, die czechischen und polnischen Arbeiter in separate Vereine zu organisieren, scheiterte vollständig.

Am 5. April dieses Jahres wurde auf einer von Arbeitern aller Nationalitäten besuchten Arbeiterversammlung mit Einstimmigkeit der Versuch einer Zersplitterung nach Nationalitäten als reaktionäres Manöver bezeichnet und der Beschluß gefaßt, das arbeitende Volk in den einzelnen Landestheilen sowohl über die Bestrebungen der Wiener Arbeiterschaft aufzuklären, als auch auf die im Nationalitätenhader für die Freiheit liegenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Wer das arbeitende Volk für die Aufwärmung abgethaner Nationalitäts-Sonderzustände benutzen will, der sucht es zu verhindern, seine eigene Befreiung zu vollziehen. Die Zeit der Nationalitäten-Absonderung ist vorüber, das Nationalitätsprinzip steht heute nur auf der Tagesordnung der Reaktionäre.

In Deutschland vermochte das Bürgerthum in seiner Ohnmacht und Apathie nicht die Einheit herzustellen, dagegen benutzte Graf Bismarck die deutsche Einheitsidee zu Gunsten des preussischen Absolutismus.

Die nationale Wiederherstellung Polens wurde zum Theil durch die Sonderstellung des jetzigen Adels vereitelt, wie dies das Jahr 1863 beweist, und die Vorkämpfer der czechischen Nationalität gehen Hand in Hand mit dem genuß- und herrschaftlichen Klerus.

Heute handelt es sich darum, das arbeitende, das produzierende Volk zu erlösen, indem es zur Gleichberechtigung in der Gesellschaft und im Staate emporsteigt. Der Arbeitsmarkt kennt keine Nationalitätsgrenzen, der Weltverkehr schreitet über alle Sprachgrenzen hinweg. Das überall herrschende Kapital, dessen Ausdruck und Maßstab das Geld ist, kümmert sich nicht um die vermeintliche Abstammung. In den Werkstätten arbeiten unter gleichen Bedingungen die Arbeiter der verschiedensten Nationalitäten neben einander und müssen sich den gleichen wirtschaftlichen Gesetzen fügen.

Unser Streben geht nach vorwärts. Unser Blick richtet sich in die Zukunft. Wir gehen der Zeit entgegen, wo das gleiche Recht alle civilisirten Menschen umschließen soll.

In früheren Zeiten konnte man mit dem Volke machen, was man wollte; heute dagegen, wo mehr geistiges Licht in die Massen gedrungen ist, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Bevölkerung Oesterreichs sich eben so wenig durch Nationalitäts- als durch pfäffische Streitigkeiten zersplittern und in der alten Abhängigkeit erhalten läßt.

Aus diesen Gründen richten wir gegenwärtiges Manifest in verschiedenen Sprachen an die Bevölkerung der einzelnen Landestheile Oesterreichs und laden sie ein, sich aufs Innigste uns anzuschließen und uns nach Kräften zu unterstützen. Möge unser Ruf kein vergeblicher sein.

Um zugleich das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern zu heben, werden wir ein Arbeiterverbrüderungsfest in Wien abhalten.

Wir wollen, daß ganz Oesterreich auf diesem Feste vertreten ist und werden deshalb das Nähere hierüber bekannt geben.

Für das leitende Comité des fünften Arbeitertages in Wien:

Franz Gallistl, Obmann.
Adolf Reiß, Schriftführer.
Johann Peißl, Kassirer.

W Der, letzte Pfingsten zu Berlin, tagende Deutsche Buchdrucker-Tagung beschloß: „Vom 1. Juli 1868 ab ist die regelmäßige Sonntags-Arbeit allen zum Deutschen Buchdrucker-Verbande gehörenden Buchdruckern untersagt.“ Dieser Beschluß bezog sich hauptsächlich auf Zeitungen und sonstige Tagesblätter, da die bei anderen Arbeiten beschäftigten Gehilfen ja ohnedies nur in dringenden Fällen ihren Sonntag dem Geschäfte opferten, mit Ausnahme Solcher, welche über den Begriff „Mensch“ noch nicht gehörig nachgedacht. Bis zum 1. Juli d. J. erschienen in Deutschland 55 Zeitungen und Tagesblätter sieben Mal die Woche. Von diesen 55 stellten in Summa 42 Blätter die Sonntags-Arbeit freiwillig ein. Die übrigen 13 Blätter, unter welchen die „Kölnische Zeitung“, die in Hannover erscheinende „Post“, die „Berliner Börzenzeitung“ und die „Staatsbürger-Zeitung“, dann die in Sachsen erscheinenden Zeitungen nebst „Leipziger Tageblatt“ machten gegen diesen Beschluß Front und zwar jede nach ihrer Manier. Die größten Anstrengungen in dieser Beziehung hat der Berliner Drucker der „Börzenzeitung“ gemacht, denn er ließ durch sein Geld alle diejenigen Schriftsetzer aus Deutschland in seinem Atelier sammeln, welche Lust hatten, gegen jenen Beschluß sich aufzulehnen, da sein sämmtliches Personal sein Geschäft verlassen hatte. Trotzdem jener Herr ziemlich die doppelte Zahl Leute angestellt hatte, unter welchen zwei ehemalige Leipziger Prinzipale, Hirsching und Lüder (für welchen letzteren noch vor Kurzem die Berliner Gehilfen Geld gesammelt), ist die Zeitung doch mehrmals nicht rechtzeitig fertig geworden. Das „Leipziger Tageblatt“ machte ein Schein-Manöver, indem es verkündete, es füge sich dem Beschluß und wolle Sonntags nur noch die Anzeigen drucken, welche bis Sonnabend Abend eingingen, natürlich bringen nun alle Leute ihre Anzeigen statt Sonntag, Sonnabend. Die Drucker der sächsischen Zeitungen hatten schon Anfang der 60 Jahre eine General-Erlaubniß, Sonntags arbeiten zu dürfen, vom Ministerium ertheilen lassen, darunter auch die „Deutsche Allgemeine“. Uns erinnert dies an die amerikanischen Sklavenhalter; wenn diese trotz des Verbotes Sklaven einzuführen, solches thaten, so sagten sie: es sind Lehrlinge auf 99 Jahre. Aehnlich hier: Wenn die Regierung Zeitungen einen solchen Dispens ertheilt, so ist er auf immer, sonst ist er Unsinn, da derartig eingerichtete Blätter nicht bloß 1 Mal Montags erscheinen wollen. Gegenwärtig hat der Leipziger Fortbildungsverein für Buchdrucker und Schriftsetzer eine Deputation nach Dresden gesandt, um genannten Dispens rückgängig zu machen. (Die Deputation ist, wie wir vernahmen, recht freundlich empfangen worden, hat aber keine positive Zusage erlangt. Anm. d. Red.)

Die alten Parteien des sächsischen Verfassungskampfes.

(Fortsetzung u. Schluß.)

Entscheidend für den Gang der öffentlichen Geschäfte ist zuletzt in jedem Lande, welches auch seine Einrichtungen sein mögen, die Beschaffenheit des Personals, in dessen Händen sich die Geschäftsführung befindet. Weder der absoluteste Monarch noch das souveränste Volk kann mehr als den allerkleinsten Theil davon selbst besorgen. Bei weitem das Meiste liegt in den Händen ernannter oder gewählter Beamten. Mögen die allgemeinen Vorschriften, deren Erlassung oder Genehmigung der Souverän, resp. das souveräne Volk sich vorbehalten hat, so oder anders lauten: was in der Praxis daraus wird, hängt von denen ab, welchen die Handhabung zufällt. Die Sorge für richtige Vollziehung muß daher noch weit mehr als auf Vollzugsvorschriften, deren ominöse Bedeutung uns die neue

Zeit wiederum gelehrt hat, auf die Bestallung geeigneter Vorgesetzter gerichtet sein.

Der sächsische Constitutionalismus von 1830 wäre, wie wir schon bemerkten, in dieser Beziehung sehr gut daran gewesen, denn der tonangebende Theil der Beamenschaft war mit seiner Geistesrichtung dem Zuge der Reformen bereits vorausgeeilt. Die Politik, welche unter formellem Genügelisten diesem Zuge, dem Wesen nach, Halt gebieten wollte, mußte daher, wie dies bei jeder durchgreifenden Reaktion unerlässlich (und die dreißiger Jahre gehörten eben der Reaktion ebensogut wie die fünfziger Jahre), mit diesem liberalen Beamtenkörper wesentliche Modifikationen vornehmen, und sie that dies theils auf organisatorischem Wege, theils durch veränderte Personalpolitik.

Zu den Organisationsgrundlagen, welche einen unabhängigen freigesinnten Beamtenstand ermöglichten, gehörte das alte Collegialsystem. Hatten es die Regierungs- und Justizcollegien in Deutschland auch nicht bis zur Stellung der französischen Parlamente gebracht, so hatten sie doch etwas von dem Wesen derselben gewonnen, namentlich jenes Selbstgefühl, welches aus dem Zusammenstehen Mehrerer entspringt, unter denen die hierarchische Unterordnung unter den „Vorgesetzten“ keinen Platz findet. Dazu kam, daß die Mitglieder dieser Collegien zum großen Theil nicht in subalternen Stellungen zu subalternen Befinnungen erzogen worden waren, daß nicht wenige von ihnen durch freie Wahl, resp. auf Vorschlag aus völlig unabhängigen Stellungen, z. B. von der Universität, zum Mitregieren berufen waren, während sie das Urtheilssprechen schon in der Fakultät mitgeübt hatten. Das Alles nahm mit der Einführung des durch Ersparung von Arbeitskräften und schnellere Expedition empfohlenen bureaukratischen Systems ein anderes Gesicht an. Hier gab es nicht mehr Gleichberechtigte, sondern nur Ueber- und Untergeordnete, die letzteren an die Gesichtspunkte des verantwortlichen Chefs absolut gebunden. Eine Veränderung in der obersten Stelle konnte jetzt den gesammten von ihr abhängenden Dienstzweig in jede beliebige Richtung leiten. Es kam jetzt nur darauf an, die oberste Stelle absolut zu Willen zu haben. — und das war bei der Nullität jeder parlamentarischen Opposition damals nicht schwer. — so konnte man viel mächtiger als früher den Geist der ganzen Verwaltungsmaschinerie beeinflussen; und dieser Einfluß wurde denn auch in einer früher nicht gekannten Weise geübt. Man fing an auf „gute Befinnung“ zu halten.

Früher ließ man, im vertrauensvollen Besitze der Macht, der Beamenschaft in dieser Richtung ziemliche Freiheit. Das Jahr 1830 hatte mißtrauisch gemacht und die neuen Institutionen, welche den Einzelnen mit seiner ganzen Zukunft viel mehr als früher von der Gunst des Vorgesetzten abhängig machten erlaubten diese Politik mit viel mehr Nachdruck, als dies früher möglich gewesen wäre, zur Geltung zu bringen.

So wurde denn der Constitutionalismus, welcher bei der Zusammensetzung der Kammern in diesen keinen Anhalt fand, da wo er ihn bereits vor der Constitution gehabt, auch noch erschüttert. Die Praxis wurde verschärft und die Wirkung der Gesetze, wenn sie auch dem Wortlaut nach eine mildere Fassung bekamen (z. B. das Criminalgesetz gegenüber der Carolina, die aber kein Mensch mehr wörtlich anwendete) im Wesen strenger als früher. Dasselbe, was von den politischen, galt auch von den kommerziellen Bestimmungen. Der Zollverein brachte mäßige Zollsätze, aber strenge Anwendung derselben und dadurch häufig in Wahrheit Verschärfung, statt Erleichterung im Vergleich mit dem früheren Zustande. Biswilen kam das „strenge Regiment“ übrigens auch dem Wortlaut nach zur Erscheinung; so in der drakonischen Exekutions-

ordnung. Der politischen Gesetze dieses Zeitraums haben wir bereits gedacht. Nur die Städteordnung, so veraltet vieles darin heutzutage scheinen mag, enthielt einen liberalen Kern. War sie doch nicht, wie die Verfassung, eine Copie von Gebilden des späteren Schicksals, sondern von einem Produkte jener dem Wesen nach liberal reformirenden Bureaucratie, welche in Preußen die Jahre der Regeneration auszeichnet. Das demokratische Institut des eintheilichen Bürgerrechts hat unter aller Verkümmern durch beschränkte Grundlage, indirekte Wahlen u. seine Kraft bewahrt.

In den Städten kam denn auch die Opposition nach wie vor nicht zur Ruhe; es gelang nicht einmal, sie aus der Autoritätsstellung, welche sie sich in den Gemeinderepräsentationen und selbst den Stadträthen errungen hatte, wieder hinauszuerwerfen. Die „Reinigung“ der Verwaltung von solchen eigenwilligen Elementen traf somit nicht die wichtigen eigentlichen Verwaltungskreise der Stadtgemeinden. In der Centralleitung des Staats mit dem Absterben der älteren und dem Hineinkommen neuer gefügiger Elemente allmählich lahm gelegt, rekrutirte sich der administrative Liberalismus wieder von den unteren Instanzen aus. Er beherrschte nicht das Land, aber er konnte herrschen an den vorleuchtenden Punkten, er konnte es, denn wenigstens das gegebene beschränkte Maß von Freiheit wurde respektirt. Man kannte damals nicht den Gebrauch des Bestätigungsrechts der Regierung gegenüber den Stadtrathswahlen, welcher dasselbe aus einem Mittel, die Gesetze über diese Wahl von Obergewaltswegen in Geltung zu erhalten *) (ähnlich den Vorkehrungen zur Sicherung des gesetzmäßigen Gebahrens mit dem Stadtvermögen), zu einem Mitbestätigungsrechte stempelt. Diese Erfindung blieb der zweiten Reaktionsperiode, dem Falkenstein'schen Ministerium des Innern vorbehalten. Die Städte also wurden von neuem die Sammelpunkte der anfangs ob der unerwarteten Wendung ihres vermeintlichen Sieges verblüfften liberalen Opposition. Die Advokaten-Bürgermeister, auch der kleinen Städte, fingen an, in der Kammer die Rolle zu spielen, welche man den Advokaten-Deputirten aus den Hauptstädten durch die Trennung von Stadt und Land und durch den Bezirkszwang um jeden Preis abzuschneiden gesucht hatte, und sie wurden auf dem platten Lande secundirt durch die Collegien, welche dort, wenig beeinflusst von königlicher Gewalt, die öffentliche Autorität in unmittelbarer Berührung mit den Bauern repräsentirten, die Patrimonialgerichtsdirektoren.

Während der alte freidenkerische Bureaukraten- und Bourgeoisie-Liberalismus abstarb, erhob sich ein neues, zum Angriff auf den, unter veränderter Gestalt fortdauernden Regierungsabsolutismus bereites und durch seine unabhängigere Stellung dazu noch befähigteres Element, die advokatorische Kammeropposition. Ihre durch planmäßiges, vom ganzen Kleinbürgerthum und einem guten Theile des Bauernstandes unterstütztes Vordringen und zunehmende Bedeutung kennzeichnet die Periode der vierziger Jahre. Sie verfloß schließlich in der allgemein demokratischen, aber eigentlich führenden Elemente entbehrenden Landtagspartei von 1848/49, und wurde von dem Schiffbruche derselben mit verschlungen. Ihre Ueberbleibsel ragen noch in die Gegenwart herein. Wir werden auf sie zurückzukommen haben bei der Analyse des heutigen Parteiwesens.

*) So war die Sache selbst unter August dem Starken angesehen worden.

Italiens Einheit und Freiheit.

II.

Nichts hat die Aktionspartei aus ihrer unbegreiflichen Verblendung aufzurütteln vermocht, in der sie nicht allein zuseht, sondern durch ihre Vertretung im Parlament auch mithilft, daß alle Keime einer freiheitlichen Entwicklung vernichtet werden, nur um nicht „das Werk der nationalen Einheit zu compromittiren“, wie Garibaldi sich ausdrückte, als er „seinen hochverehrten Lehrer und Freund Mazzini“ aus Neapel in die Verbannung zurückschickte. Es hätte die Aktionspartei doch über die Richtigkeit der von ihr befolgten Politik ruhig machen sollen, daß die italienischen Schweizer den Einheitsstaat Viktor Emanuels entschieden zurückwiesen. Aber sie wurde hierdurch eben so wenig gewigigt, wie durch die Abtretung Nizzas und Savoyens. Und schon hatte diese Partei im Dienste der piemontesischen Monarchie so sehr das sittliche Bewußtsein verloren, daß es Viktor Emanuel wagen konnte, an Rußland, diese granitene Säule des Absolutismus, den Preis für seine Anerkennung des Königreichs Italien zu bezahlen. Diese Anerkennung hat seiner Zeit Europa in einigem Erstaunen verfaßt. Man erwog nicht, daß Viktor Emanuel für Rußland arbeitete (wie später die Aktionspartei in Arcta), indem er seine Angriffe auf Rom richtete, in dessen Geistlichkeit Polen einen Bundesgenossen gegen den Czaren besaß. Aber Kaiser Alexander fand dieses stille Verdienst keineswegs hinlänglich, um seine Anerkennung aufzuwiegen. Er forderte die Auflösung der in Italien von Mieroslawski gebildeten polnischen Schulen und die Ausweisung der Polen. Die Forderung wurde bewilligt und die Aktionspartei ließ es ruhig geschehen, daß jene Männer aus Italien verjagt wurden, die wahrlich nicht als die Schlechtesten in den Reihen der Nothhemden unter Garibaldi im Fluge das Königreich Neapel erobert hatten. Nachdem es sich die Aktionspartei hatte gefallen lassen, daß die Regierung den Offizieren Garibaldis die Einreihung in das stehende Heer entschieden verweigerte, konnte diese auch einen Schritt weiter gehen und den Polen, die für sie geblutet hatten, das Asyl kündigen. Dankbarkeit ist eine Lumpentugend, wie Göthe sagt, folglich findet sie auf Thronen keinen Platz. Zudem hatte Viktor Emanuel ja keine Verpflichtungen gegen die Aktionspartei übernommen, und die „Helden von Marsala“ in die Reihen des stehenden Heeres aufnehmen, hieß diese gegen die Revolution unverwendbar machen.

Während es die Aktionspartei vollständig ehrlich mit ihrem Bündnisse mit der Regierung meinte, ihr rücksichtslos jede Summe bewilligte, die sie forderte und an den Angelhaken wichtiger Interpellationen im Parlament die Zeit vergeudete, welche der Durchberathung freiheitlicher Maßnahmen hätte gewidmet sein sollen — fuhr der „König Ehrenmann“, dem Napoleon in der Person Rattazzi's eine seiner Kreaturen an die Seite gesetzt hatte, fort, gegen alle Welt sein doppeltes Spiel zu spielen. Die Politik der geheim vorbereiteten Handstreich war bisher zu gut gelungen, um sie nicht fortzusetzen. Im Einverständnis mit dem Könige unternahm Garibaldi seinen ersten Zug auf Rom, dem die Kugel von Aspromonte ein schmähhches Ziel setzte. Der lahmgeschossene Feld hatte nun Zeit auf seiner Ziegeninsel über die Ehrlichkeit des Königs und seine Dankbarkeit nachzuinuen. Daß er sich die Lehre nicht zu Ruß gemacht, bewies sein zweiter Römerzug 1867. Der erste Zorn, in welchem er die Niedertracht des Königs aufzudecken drohte, verflog rasch. Er ließ sich beschwichtigen und doch wäre ihm besser gewesen, wenn er durch seine Festigkeit Viktor Emanuel gezwungen hätte, ihn vor irgend einer Gartenmauer für immer stumm zu machen. Denn was war

Garibaldi nach dem Fehlschlag von Aspromonte? Eine gefallene Größe; der poetisch verklärte Volksheld war zum ganz gewöhnlichen Abenteurer und Vandenführer herabgesunken. Viktor Emanuel aber konnte Rattazzi für den Gehorsam Dank wissen, mit welchem er den Schergendienst seines Meisters in Paris an Garibaldi vollzogen hatte. Denn das Ereigniß von Aspromonte bewies zweierlei: Die Revolution, welche Viktor Emanuel fürchtete, hatte auf Garibaldi's Ruf nicht ihr Haupt erhoben; sie war todt, — und die Armee war zuverlässig. Die Ohnmacht der Aktionspartei machte die Militärdiktatur überflüssig, deren Errichtung man nach Aspromonte gefürchtet hatte.

Indessen trachtete doch die Militärpartei danach, daß Staatsrunder in die Hände zu bekommen, oder richtiger, mit derselben Nothwendigkeit wie immer, wo der Absolutismus der Legitimität den Krieg erklärt, begann auch in Italien die Monarchie zum Militärstaat, zum Cäsarismus sich zuzuspitzen. Unterstützt von der konservativen Partei Piemont's gelang es denn auch der Militärpartei, den durch Rattazzi vertretenen Einfluß Frankreichs derartig zu überbieten, daß eine Allianz zwischen Italien und Preußen zu Stande kam, und die Aktionspartei, welche dem preußischen Fortschrittsbrei der „neuen Aera“ immer ähnlicher wurde, hieß dieses Bündniß gut. Gab es vielleicht Einige unter ihr, die denn doch nicht ohne Bedenken gegen das Bündniß mit einer Macht waren, welche gar zu offen und rücksichtslos das liberale Prinzip bekämpfte, so brachte sie das Geschenk Venetiens zum Schweigen. Für die Lombardei hatte man Nizza und Savoyen an Frankreich abtreten müssen, und Venetien erhielt man, trotz einer doppelten Niederlage zu Land und zu Wasser, umsonst, das mußte wohl die Aktionspartei für Preußen begeistern. — Deutschland aber kostete die Uneigennützigkeit, mit der Frankreich das ihm von Oesterreich zur Verfügung gestellte Venetien an Italien abtrat — Luxemburg. Nachdem der französische Kriegsminister in den jüngsten Budgetdebatten erklärt hat, daß Frankreich im Jahre 1867 gar nicht in der Lage war, eine Feindseligkeit gegen das bis an die Zähne bewaffnete Preußen zu unternehmen, wird wohl Niemand mehr glauben, daß Napoleon durch seine Kriegsdrohungen dem Grafen Bismarck Luxemburg abgetroßt habe, sondern daß mit dessen Preisgebung ein Theil jener Bedingungen erfüllt worden ist, unter denen es Preußen von Napoleon gestattet wurde, sich in Deutschland zu vergrößern. Oder will man behaupten, daß man in Berlin nicht gewußt habe, wie es mit der französischen Armee 1867 beschaffen war, so daß schon die bloße Kriegsdrohung Napoleons genügte, dort einen panischen Schrecken zu erzeugen? Das wäre denn doch gar zu lächerlich.

Der rasche Verlauf des Krieges von 1866 hatte bekanntlich Napoleon — so wie Rußland — verhindert, rechtzeitig aus den Coulissen hervorzutreten, hinter denen er abwartend stand. Um so dringender für ihn die Nothwendigkeit, den in Florenz verlorenen Einfluß wieder zu erobern und durch Befestigung der Militärpartei das Bündniß zwischen Italien und Preußen zu sprengen. Aber auf welche Partei sollte sich Napoleon stützen, um dieses Ziel zu erreichen? Es gab nur eine — die Aktionspartei! Und so verkommen war diese Partei bereits, so jeden politischen Prinzip baar — denn die Einheit Italiens ist lediglich eine Formfrage, keine Prinzipienfrage —, daß sie auch in die Falle tappte, so plump diese war. Das Manöver war einfach: die Krone mußte dem Lande gegenüber in eine Lage gebracht werden, aus der es für keine andere Rettung gab, als die Wahl eines Ministeriums aus der äußersten Linken. Darum trat Rattazzi in die Aktionspartei ein, und obgleich in Italien jedes Kind mußte und

weiß, daß Rattazzi nichts als eine Kreatur Napoleons ist, so ließ sich doch die Aktionspartei von ihm zu dem zweiten Römerzuge bereden, der mit der trefflich bestandenen Probe der Chassépots bei Montana endete. Daß sämtliche Fäden dieser zweiten römischen Expedition von den Händen Rattazzi's geleitet wurden, ist bekanntlich eine festgestellte Thatsache, und wenn Verrath im Spiele war, so wurde er von Rattazzi geübt. Das bei Montana vergossene Blut kommt auf sein Haupt. Als er alles eingefädelt hatte, erklärte er dem Könige, daß er die hochgehenden Wogen der „Volksbewegung“ nur dann zu beherrschen vermöge, wenn das Cabinet sich durch einige Mitglieder der äußersten Linken verstärkte. Viktor Emanuel aber wollte von der Aktionspartei nicht wissen. Rattazzi legte sein Portfeuille nieder und spielte im Interesse Napoleons seine letzte Karte aus. Kam es zwischen den Rothhemden und den französischen Truppen zum Zusammenstoß, der ja unvermeidlich war, und Viktor Emanuel ließ seine an der römischen Grenze aufgestellten Divisionen nicht zur Unterstützung Garibaldi's herbeieilen, so schien es in der That für ihn keine andere Wahl zu geben, als ein Ministerium der Aktionspartei ober Abdankung, wo dann sein Nachfolger den Apfel verspeisen mußte, der ihm zu sauer war. Daß Viktor Emanuel Garibaldi im Stiche lassen würde, dafür bürgte Aspromonte. Allerdings war seitdem an der Verstärkung des Heeres gearbeitet worden, aber es hatte sich sammt der Flotte im Kriege von 1866 so schlecht bewährt, daß an einen Krieg mit Frankreich nicht zu denken war. Rattazzi schien also sein Spiel für Napoleon so gut wie gewonnen zu haben. Aber der König Ehrenmann überließ die Rothhemden dem Onkel seines Schwiegerohnes Plonplon ruhig zur Zielscheibe seiner Chassépots. Er marschirte nicht und dankte nicht ab, noch ließ er die Aktionspartei ins Cabinet. Das seit acht Jahren müde gesezte und von Steuern ausgepreßte Volk regte sich nicht, und die nun vollständig bankrotte Aktionspartei setzte ihre letzten Hoffnungen auf Preußen. Warum sollte ihr Preußen nicht Rom schenken, wie es ihr Beneficien geschenkt hatte, dieses uneigennütige Preußen, welches eben beschäftigt ist, Seiner Heiligkeit ein warmes Nest in Berlin auszufüttern, nachdem Sie in Wien nichts mehr zu hoffen hat? Und während zwischen „dem Hirt des Protestantismus“ und dem heiligen Stuhle das innigste Einvernehmen herrscht, erlassen die römischen Liberalen Dankadressen an Preußen durch dessen Gesandten in Rom. Man glaubt wahrlich mitten im tollsten Faschingsjubiläum zu stehen.

Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, den 20. Juli.

Die gewaltigen Stürme, wie wir sie am Ende des vorigen und am Anfange dieses Jahres das Herz der Bevölkerung durchtoben sahen, als der Wechsel des Ministeriums stattfand und die bekannten Gesetze des neuen Oesterreichs durchberathen und beschlossen wurden, diese Stürme haben sich sammt und sonders gelegt, und was heute durch das Volk zieht, ist nur leises Gemurmel der Blätter im Walde. Armes Rom! Dir ist nicht mehr beschieden und alle Resolutionen, die gegen dich von den Bewohnern der Städte und Gefilde Oesterreichs losgelassen werden, bewegen nur die wenigen Geister, die sich mit ihrer Abfassung beschäftigen müssen. Würde man nicht die Gelegenheit benützen wollen, um dem Ministerium Vertrauen zu votiren, man würde über die jüngste That mit Lächeln oder mit schweigender Betrachtung — je nach Gemüthsart — hinweg gehen. Das

Ministerium scheint bei der deutschen Bevölkerung Oesterreichs in der That viel — zu viel Vertrauen zu besitzen. Deutlich sah man wieder einmal diesen Fehler der Vertrauenseligkeit bei der Wahl für den Platz des verstorbenen Mühlfeld.

Auf eine äußerst gemüthliche Art wurde bei den Wahlversammlungen vornweg constatirt, daß es keine Candidatur geben könne, nachdem Dr. Gisstra zugesagt habe sein Brünner Mandat, im Falle er von der innern Stadt Wien gewählt würde, niederzulegen und letzteres anzunehmen. Wie gesagt so geschah es, und von allen anwesenden Wählern wählte ein einziger mit richtigem Takte und tiefer Kenntniß den bessern Mann: Dr. Adolf Fischhof, Präsident des Wohlfahrtsausschusses im Jahre 1848, und dieser einzige war Gisstra selbst. Er konnte es thun, denn er war seiner Sache sicher und vor der Hand Vertreter der Stadt Wien I. Bezirk im niederösterreichischen Landtag, der sich natürlich beilen wird Seine Excellenz in den Reichsrath zu befördern.

Weniger glücklich als besagter Herr Minister ist sein Untergebener, der Statthalter von Triest, Freiherr von Bach, Bruder des berühmten Ministers von 1848 u. Dieser Herr Statthalter hatte sich durch Gefinnung und That den Haß der Bevölkerung zugezogen und in der vergangenen Woche entleerte sich diese Gewitterwolke über ihm und seinen Freunden, den Pfaffen. Die Excesse der Triestiner dauerten mehrere Tage und veranlaßten wieder einmal ein kleines Blutvergießen, an dem sich aber diesmal nicht das reguläre Militär betheiligte, sondern lediglich die slavischen Landmilizen — eine Triest und Umgebung eigenthümliche Institution — in vollem Eifer gegen die Italianissimi. Als Deutscher empfindet man ordentlich Freude über eine solche Erscheinung, erkennt man doch dabei, daß man von diesen slavischen Welt- und Culturglückern nicht allein gehaßt und nicht allein todgeschlagen wird. Leider wird sich bei den Deutschen niemals der Stiel umkehren, denn, thät er es einmal von selbst, so den Prügel gebrauchen zu können, ist und bleibt slavisch sein Lebtaglang — das lernt ihnen kein Deutscher ab.

Keugierig ist man in hiesigen Kreisen, ob das bevorstehende Schützenfest den Charakter eines Nationalfestes ganz und in seiner wahren Bedeutung erhalten wird. Mag man über den Nutzen solcher Feste wie immer denken, die wenigen Worte über der Festhalle müssen jedem Deutschen tief ins Herz hineinschneiden: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“; wir wollen! Wir sind es demnach nicht! Bann wird endlich dein Wille, o Volk, dein einziges Gebot sein? Und wann wirst du die Fessel sprengen, die dich hindert das zu sein, was du willst!?

— Zum Schluß noch einige erfreuliche Kundgebungen von der Thätigkeit unserer Bürger-Minister, wie sich diese gern nennen hören. Vor allem sind die Bollzugsvorschriften zum Ehegesetz in so fern von Wichtigkeit, als sie der Bevölkerung, insbesondere der des Landes, Anhaltspunkte geben, wie sie sich den neuen noch wenig gekannten Gesetzen gegenüber benehmen muß, um nicht in die Klauen einer perfiden Geistlichkeit zu gerathen. Man hat nämlich keine Ahnung, wie Unwissenheit und Dummheit von den Schergen Rom's und des Absolutismus überall, wo sie zu finden, mißbraucht werden, um den neuen Gesetzen Zuwiderhandelnde und Störrige zu erhalten. — Ebenso ist der Minister des Innern damit beschäftigt die Civilstands-Register einzuführen oder wenigstens deren Einführung vorzubereiten, was nicht nur des Principes, sondern auch des Vortheils halber unumgänglich nöthig erscheint. — Also muß man hoffen. —

Aus England.

London, den 20. Juli.

Die Besitzer der Kohlengruben von Lanarkshire in Schottland haben sich geweigert die Lohnerhöhungsfrage mit Delegirten ihrer Arbeiter in einer Konferenz zu berathen, jedoch haben viele das Anerbieten einer Zulage von 6 Pence (5 Gr.) den Tag gemacht, welches die Arbeiter in einer Generalversammlung angenommen, aber gleichzeitig beschlossen haben, Alles aufzubieten, die Arbeitszeit auf acht Stunden den Tag zu beschränken.

Das Redactions-Personal des „Beehive“ (Organ der Gewerbevereine) hat plötzlich entdeckt, daß in Folge des reformirten Wahlgesetzes es mehr als wahrscheinlich ist, daß die Kapitalisten eine überwiegende Majorität im nächsten Parlament haben werden. Es ist dies die unausbleibliche Folge der „Heldenverehrung“ und des Personenkultus, welche die Reformbewegung der letzten zwei Jahre charakterisiren. Das Geschrei: Gladstone und Bright! überlante alles andere und die Leute vom „Beehive“, an der Spitze der London Workingmen's Association schrien sich heiser, den allgemeinen Lärm zu vermehren. Sie bestanden freilich darauf, daß die Arbeiter, wo immer möglich, Vertreter aus ihrer eignen Mitte wählen sollten, aber sie verscherzten die Mittel, durch welche es zu erreichen war. Statt die zwei Helden des bürgerlichen Fortschritts, Gladstone und Bright, zu zwingen, sich definitiv über die Arbeiterfragen zu erklären, machte ihnen sowohl die Liga, als das Personal vom „Beehive“ den Hof, kam ihren Wünschen jederzeit mit der höflichsten Ehrerbietung zuvor. Statt ihre Unterstützung an bestimmt festgesetzte Bedingungen zu knüpfen, riefen sie Bravo und bejubelten Alles, was die großen Männer sagten. Sie glaubten sich durch diese Geschmeideigkeit beliebt zu machen und hofften wahrscheinlich, daß man als Dank ihre eigne Wahl befürworten werde. Aber die großen Herren kennen dergleichen Dinge besser. Ihr Lächeln wurde als Beifall angesehen, während es nur der Einfältigkeit derer galt, die es für gute Politik hielten, in Schafpelzen zu erscheinen. In der letzten Nummer des „Beehive“ wird den Gewerbevereinen angerathen, so schnell wie möglich eine Arbeiter-Conferenz zusammenzuberufen, um 12 Arbeiter zu erwählen, die als Parlaments-Kandidaten in den verschiedenen Wahlkreisen, wo die Arbeiter in der Mehrheit sind, auftreten sollen. Die Kosten betreffend, wird berechnet, daß wenn sich nur ein Viertel der Gewerbevereins-Mitglieder betheiligt, und eine Auflage von 6 Pence per Kopf erhoben würde, 70,000 Pfd. St. (461,700 Thlr.) aufgebracht werden könnten.

„L'International“, eine in französischer Sprache erscheinende Zeitung bringt einen Artikel unter dem Titel „Preussische Gerechtigkeit.“ Er handelt von dem berühmten Urtheil des Kieler Gerichtshofs. „Der Rechtspräsident, heißt es in dem Artikel, bringt die erfauuliche Theorie zum Vorschein, daß der Offizier, der nicht im Dienste war, das Recht hatte, seinen Säbel zu ziehen und Jeden, mit dem er sich in Streit befand, damit zu durchbohren. Dieses ist offen und ganz preussisch. Das Recht des Edelmanns oder des Offiziers — beide Wörter sind gleichbedeutend in Preußen — ist deutlich konstatiert durch das Gesetz. Es ist das Recht über Leben und Tod jedes „gemeinen d. h. nicht uniformirten Kerls“, der ihm mißfällt.

Wir wußten z. B., daß ein Offizier das Recht hat, einem „gemeinen Kerl“ den Säbel in den Leib zu stoßen, ohne daß die Gerechtigkeit etwas in diesem kleinen — Scherz sah. Wir wußten auch, daß, wenn dieser „gemeine Kerl“ der Koch eines Fürsten ist, und einer mächtigen Nation angehört, die Militärbehörde veranlaßt werden kann, den Offizier mit allen Ehrenbezeugungen auf einige Zeit in eine Festung zu verbannen. Wir wußten auch, daß, wenn eines schönen Morgens ein Mädchen todt gefunden wird, in einem Zimmer, wo sich edle Offiziere zu sehr belustigt haben, es nur als ein Spaß von Helden gilt, über dessen Details Niemand ein Recht hat, Untersuchungen anzustellen. Wir wußten auch, daß, wenn ein Hauswirth die Verwegenheit hat, Bemerkungen darüber zu machen, daß ein preussischer Offizier sein Haus in ein lüderliches verwandelt, die Frechheit solcher ungebührlichen Einwendungen mit dem Tod bestraft werden kann, ohne daß die preussische Gerechtigkeit ein Wort zu sagen hat. Das Gesetz verlangt nur Eins: der Offizier muß eine vorschriftsmäßige Waffe gebrauchen.

Aber wir wußten nicht — das Kieler Urtheil belehrt uns darüber —, daß nicht aus einfacher Nachsicht, sondern aus Grundsatz die preussische Gerechtigkeit den Offizieren und Soldaten diese große Straßlosigkeit gewährt. Es scheint, daß die jungen Leute, welche in die Militärschulen gehen, gelehrt werden, daß einen „gemeinen Kerl“ mit dem Säbel zu durchbohren, nicht allein für sie ein Recht sondern sogar eine Pflicht ist.

Ja es ist eine Pflicht, eine heilige Pflicht, und es war darum ganz recht, daß, ein Kieler Bürger, der einen preussischen Offizier an der Erfüllung dieser Pflicht, einen Anderdenkenden niederzujübeln verhinderte, ins Gefängniß geworfen worden ist und fortan unter die Staatsverbrecher gezählt werden wird. Es ist zu hoffen, daß er sich nicht wieder untersteht, den Arm irgend eines Offiziers oder Soldaten zu halten, selbst wenn dieser den Säbel gegen seinen Bruder ziehen sollte: für das zweite Vergehen würde er ohne Zweifel das Schaffot besteigen müssen. Die preussische Gerechtigkeit ist selber ein großes und erhabenes Ding. Einen „gemeinen Kerl“ zu tödten, ist nicht Menschenmord. Zum Mord gehört, daß man einen Menschen tödtet, aber in Preußen ist ein „gemeiner Kerl“, d. h. wer nicht zweierlei Tuch oder den Adelsstiel trägt, kein Mensch“.

Der amerikanische Kongreß hat die acht Stunde n b ill angenommen; Charles Sumner von Massachusetts (der amerikanische Bright) der im „Chicago Workingmen's Advocate“ the God and humanity humbug, „der Gott und Menschlichkeit-Schwindler“ genannt wird, stimmte dagegen. Dieses Gesetz gilt jedoch nur für die Staatswerkstellen. — Die Maurer von Newyork haben beschlossen, in Zukunft nur 8 Stunden des Tages, mit verhältnißmäßiger Lohnerabsetzung zu arbeiten; die Baumeister haben beschlossen, Niemand zu beschäftigen, der nicht 10 Stunden arbeitet. Die Maurer erhalten 5 Dollars = 6 Thlr. 20 Ngr. den Tag. — Die deutsche Schneidergesellschaft in New-York hat eine Massenversammlung in der Germania Hall gehalten. Die Schneider beklagen sich über schlechte Bezahlung. Bei 16 Stunden täglicher Arbeit verdienen sie höchstens 10 Dollars, in vielen Fällen nur 5 Dollars die Woche an der Ladenarbeit. In New-York wie in London wird ein sehr großer Theil der Ladenarbeit von Deutschen gemacht.